



Zur Behandlung im	Datum	Status	Abstimmung		
			Ja	Nein	Enthalt.
Verwaltungs- u. Finanzausschuss	02.12.2014	nichtöffentlich	/	/	
Bauausschuss	04.12.2014	nichtöffentlich	/	/	
Stadtrat	10.12.2014	öffentlich	/	/	

Gegenstand: Immissionswerte im Ortsteil Gröba - Antrag der Fraktion DIE LINKE

Beschlussantrag: siehe Antrag aus dem Schreiben vom 20.10.2014

Verantwortlich: Berichterstatterin: Uta Knebel
Fraktionsvorsitzende DIE LINKE

Grundlagen: § 36 Abs. 5 SächsGemO

Vorherige Beschlüsse:

**Wer wird zur Beratung
hinzugezogen?**

Finanzielle Auswirkungen: ja nein

- Bemerkung:

Mitwirkende Ämter:

Justizariat (Andreas Schlichter)	Datum:	Handzeichen
----------------------------------	--------	-------------

Datum:

Unterschrift: Oberbürgermeister

Uta Knebel, Zaußwitzer Straße 4, 01591 Riesa

An Stadtverwaltung Riesa
Oberbürgermeister Marco Müller
Rathausplatz 1

01589 Riesa

Riesa, den 02.12.2014

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Marco Müller,

namens der Fraktion übersende ich Ihnen folgende Beschlussantrag:

Beschlussantrag:

Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister, sich für einen Messpunkt zur permanenten Erfassung der Immissionswerte im Bereich Gröba (Feralpi) gegenüber der Staatsregierung einzusetzen.

Der Oberbürgermeister wird halbjährlich über den Sachstand und mögliche Messdaten den Stadtrat in öffentlicher Sitzung unterrichten.

Begründung:

In Zuge der Kapazitätserweiterung bei Feralpi und im Vorfeld gab es mehrfache Auseinandersetzungen zu den tatsächlichen Belastungen durch Staub und Lärm in diesem Bereich.

Diese Auseinandersetzungen sind für alle Seiten eine starke Belastung und sollen beendet werden.

Wir wollen eine Lösung, die der besonderen Lage des Werkes in einem gewachsenen Stadtteil unter den modernen Bedingungen des 21. Jahrhunderts Rechnung trägt.

Wenn Messungen vorliegen, die eine volle Transparenz zur tatsächlichen Abgas-, Feinstaub und Lärmbelastigung herstellen, ist möglichen Verdächtigungen die Basis genommen.

Aus unserer Sicht verfolgen Feralpi und die anderen produzierende Bereiche das gleiche Ziel, nämlich

eine **Gesundheitsgefährdung der Mitarbeiter und der Anwohner auszuschließen**.

Um zukünftig stets den Nachweis führen zu können, dass eine Gesundheitsgefährdung durch die Produktion von Feralpi und anderer Wirtschaftsunternehmen im Bereich Gröba nicht vorliegt, erscheint die Errichtung einer Messstelle für die permanente Erfassung der Daten an einem kritischen Ort zuträglich zu sein und in aller Interesse zu liegen.

Der Oberbürgermeister solle eben aus diesen Beweggründen die Vollmacht des Stadtrates erhalten, sich für einen solchen Messpunkt im Namen der Bevölkerung der Stadt Riesa einzusetzen.



Uta Knebel
Fraktionsvorsitzende der
Fraktion DIE LINKE

Protokoll
der Sitzung des Stadtrates vom 11. März 2015

Anwesend:

Vorsitzender: Marco Müller

Mitglieder: Dr. Thorsten Anke, Jörg Asse, Wilfried Brendel, Rosel Brodkorb, Thomas Gallitzdorfer, Jürgen Gansel, Dr. Christine Geiger, Jürgen Gläsel, Sonja György, Dirk Haubold, Kurt Hähnichen, Helmut Jähnel, Hannes Keuerleber, Matthias Kirsten, Uta Knebel, Steffen Krechlak, Manfred Kuge, Claus Müller, Andreas Näther, Christian Nowotny, Friedhelm Preuß, Ingeborg Reinacher, Barbara Richter, Frank Schöniger, Stefan Schwager, Michaela Steinert, Dr. Heike Stenzel, Volkmar Stieler, Christian Thielemann, Volker Thomas

Entschuldigt: -

Bürgermeister: Tilo Lindner

Teilnehmer/Gäste: Mario Frey – Ortsvorsteher Jahnishausen
Gudrun Neugebauer Ortsvorsteherin Nickritz
Ralf Zscherper – Ortsvorsteher Canitz
Ulrich Matz – Ortsvorsteher Leutewitz
Ronald Herkt – Ortsvorsteher Mautitz
Uwe Stockert – Ortsvorsteher Oelsitz

Protokollantin: Petra Bitriol

Beginn: 17.00 Uhr

Ende: 20.30 Uhr

öffentlich

Tagesordnung - öffentlich

1. Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit
2. Protokoll- und Beschlusskontrolle der Sitzung vom 4. Februar 2015
3. Änderungen bei der Förderung von Trainerstellen in den Jahren 2015 und 2016
4. Gestattungsvertrag über die Versorgung mit Fernwärme - Zustimmung zu einer wesentlichen Investition
5. Erschließung des Eigenheimstandortes Karl-Liebknecht-Straße/Wilhelm-Busch-Straße in Riesa/Merzdorf - Städtebaulicher Vertrag-Beratung und Beschlussfassung
6. Betrauung der Förder- und Verwaltungsgesellschaft für Wirtschaft, Kultur und Sport Riesa mbH (FVG) - Beratung und Beschlussfassung
7. **Immissionswerte im Ortsteil Gröba - Antrag der Fraktion DIE LINKE - Beratung und Beschlussfassung**
8. Einwendungen gegen den Entwurf der Haushaltssatzung 2015 - Beratung und Beschlussfassung
9. Haushaltsplan und Haushaltssatzung 2015 - Beratung und Beschlussfassung
10. Informationen der Verwaltung
- 10.1 Prüfung der Zuschussvergabe und Zuschussverwendung gemäß der Richtlinien zur Förderung von Kinder-, Jugend und Vereinsarbeit in der Großen Kreisstadt Riesa beim SC Riesa
- 10.2 Vollzug der Beschlüsse des Stadtrates und seiner beschließenden Ausschüsse 2014
11. Anfragen der Stadträte und der Ortsvorsteher

1. Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit

Vorsitzender Müller begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass die Einberufung der Sitzung gem. § 36 SächsGemO ordnungsgemäß erfolgt ist.

Die Zahl der Beschlussfähigkeit wird mit 31 von 31 Stimmberechtigten festgestellt.

Heute ausgegebene Unterlagen:

- eine Korrektur zum Sitzungsprotokoll vom 04.02.2015

2. Protokoll- und Beschlusskontrolle der Sitzung vom 4. Februar 2015

Vorsitzender Müller verweist auf die ausgehändigte Protokollkorrektur, welche von Stadtrat Schwager beantragt wurde. Das Protokoll vom 4. Februar 2015 wird mit der Korrektur bestätigt. Im Rahmen der Beschlusskontrolle erfolgen keine Anfragen.

3. Änderungen bei der Förderung von Trainerstellen in den Jahren 2015 und 2016

Stadträtin Reinacher meldet für diesen Tagesordnungspunkt Befangenheit an und begibt sich auf einen Platz für die Gäste. – Stimmberechtigte: 30

B e s c h l u s s - S 23/2015

Der Stadtrat beschließt:

1. Die Aufhebung der Ziffer 1 des Beschlusses S 181/2014 des Stadtrates vom 12.11.2014,
2. die Förderung von Regionaltrainerstellen für die Sportarten Triathlon und Kunstturnen beim Sportclub Riesa e. V. im Rahmen der im Haushalt zur Verfügung stehenden Mittel i. H. v. jährlich 41.000,00 € für die Jahre 2015 und 2016
3. die Förderung einer Trainerstelle in der Sportart Wasserspringen beim Sportclub Riesa e.V. im Rahmen der im Haushalt zur Verfügung stehenden Mittel i.H.v. 15.375,00 € für die Monate April bis Dezember 2015.

(29 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltungen)
1 Stimme Befangenheit

4. Gestattungsvertrag über die Versorgung mit Fernwärme - Zustimmung zu einer wesentlichen Investition

Herr Krechlak meldet für diesen Tagesordnungspunkt Befangenheit an und begibt sich auf einen Platz für die Gäste. – Stimmberechtigte: 30

Der Geschäftsführer der Stadtwerke, Herr Röthig, informiert zum Sachverhalt und begründet die Eilbedürftigkeit der Vorlage.

Vorsitzender Müller informiert, dass der Fachausschuss (Bauausschuss) einstimmig die Empfehlung für eine positive Beschlussfassung gegeben hat. Es handelt sich um einen wichtigen Meilenstein für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Riesa.

Stadträtin Knebel erwidert, wenn der Vertrag nur für 1 Jahr beschlossen wird, legt sich der Stadtrat selbst auf, in einem Jahr zu diesem Problem wieder zu entscheiden. Diesem Druck kann sich der Stadtrat auch selbst stellen, weil sowieso beabsichtigt ist, in diesen Bereich hineinzusehen bzw. diesen zu überarbeiten. In einem Jahr über einen überarbeiteten Vertrag zu reden, ist die richtige Richtung. Sie befürwortet den Vorschlag von Stadtrat Schwager.

Stadtrat Schwager bekräftigt die Ausführungen. Die Europäische Kommission hat diesen Beschluss im Jahr 2011 gefasst. Wieso handelt man erst jetzt? Er sieht es als einen Kompromiss, wenn man sich auf eine begrenzte Betrauungszeit einlassen würde. Die Sache muss ordentlich reguliert und eine gewisse Frist bestimmt werden. In einem Jahr können dann die Dinge so abgehakt werden, wie sie sein müssten.

A b s t i m m u n g

Die Anträge der Fraktion Freie Wähler/Bürgerbewegung Riesa werden abgestimmt.

(7 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen, 5 Stimmenthaltungen)

A b s t i m m u n g

Der Antrag von Stadtrat Schwager, die Betrauungszeit mit einer maximalen Geltungsdauer auf 1 Jahr statt 10 Jahre festzulegen, wird abgestimmt.

(10 Ja-Stimmen, 19 Gegenstimmen, 2 Stimmenthaltungen)

B e s c h l u s s - S 15/2015

1. Der Stadtrat beschließt die Betrauung der Förder- und Verwaltungsgesellschaft für Wirtschaft, Kultur und Sport Riesa mbH (FVG) im Rahmen des anliegenden Betrauungsaktes (Anlage 1) mit den in diesem Betrauungsakt definierten Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (DAWI).
2. Der Stadtrat beschließt den öffentlich-rechtlichen Vertrag über die Gewährung eines Zuschusses zwischen der Stadt Riesa und Förder- und Verwaltungsgesellschaft für Wirtschaft, Kultur und Sport Riesa mbH (FVG) vom 20.12.2004 (Anlage 2) aufzuheben.

(19 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 7 Stimmenthaltungen)

7. **Immissionswerte im Ortsteil Gröba - Antrag der Fraktion DIE LINKE - Beratung und Beschlussfassung**

Stadtrat Schwager stellt einen **Geschäftsordnungsantrag** und bittet darum, den Tagesordnungspunkt zurückzustellen, da heute ein umfangreiches Material mit mehreren Seiten durch Feralpi die Stadträte erreicht hat. Es war keine Zeit, um sich mit diesem Material inhaltlich zu befassen.

Vorsitzender Müller unterstützt diesen Antrag nicht. Er hält den Beschlussantrag in der vorliegenden Form ohnehin als kritikfähig. Unabhängig davon hat er den Antrag bereits erfüllt, indem er sich dafür an das Ministerium mit der Frage gewandt hat, ob es denkbar ist, ob ein neuer Messpunkt gesetzt wird. Es wurde eindeutig vom Ministerium mitgeteilt, dass es fachlich nicht veranlasst ist, einen weiteren (16.) Messpunkt zu installieren. Offen ist, wer die Kosten (40 – 50 T€) dafür trägt.

Es sollte nicht nur der Genehmigungsbehörde, sondern auch dem Investor, Feralpi, Vertrauen

entgegengebracht werden. Die Stadträte haben gesehen, wie schnell Feralpi auf die jeweiligen Anfragen des Oberbürgermeisters reagiert hat. Die Daten, Skizzen und Messpunkte wurden schnell zugearbeitet. Aus diesem Grund möchte er dieses Thema heute abschließen.

A b s t i m m u n g

Der Geschäftsordnungsantrag von Stadtrat Schwager wird abgestimmt.

(11 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen)

Stadträtin Knebel informiert, dass sich der Beschlussantrag darauf bezieht, dass sich der Oberbürgermeister gegenüber der Landesregierung für einen weiteren Messpunkt an einer festzulegenden Stelle einsetzen soll. Der Ursprung des Antrages war eine gemeinsame Besprechung im Juli 2014 mit den Anwohnern, dem Geschäftsführer Herrn Schaefer von Feralpi, Vertreter des BUND und des Stadtrates. In diesem Gespräch wurde deutlich, dass alle Anwesenden eine Lösung in der Errichtung eines Messpunktes außerhalb des Betriebsgeländes sahen. Wenn also dieser Messpunkt zur Befriedung beitragen könnte, wäre es ein Schritt weg vom Gegeneinander zu einem Miteinander.

Warum ein neuer Messpunkt, wenn es doch bereits Messungen gab und gibt? Es besteht ein Widerstreit zur Betreuung des Werkes und einigen Anwohnern, dass bestimmte Messergebnisse nicht stimmen würden. Und tatsächlich ist es so, dass es unterschiedliche Messungen und Analysen gibt mit gegensätzlichen Aussagen. Diese Probleme sind nicht riesatypisch. Auf der Seite des Umweltministeriums Sachsen heißt es dazu: „Die Sächs. Umweltpolitik hat sich das Ziel gesetzt, die vom Gewerbe ausgehenden Umweltbelastungen und Risiken zu minimieren. Die sächs. Wirtschaft und die sächs. Staatsregierung nehmen diese Aufgabe ernst. Sie vereinbaren gemeinsam im Rahmen der Umweltallianz Sachsen freiwillig Rahmenbedingungen für eine umweltverträgliche Wirtschaftsentwicklung. Mit der Umweltallianz Sachsen soll das gegenseitige Vertrauen zwischen Wirtschaft und Verwaltung ausgebaut werden, die Umwelt und die natürlichen Ressourcen für eine nachhaltige Entwicklung geschützt werden, die Eigenverantwortung der Unternehmen gestärkt werden, der Wirtschaftsstandort Sachsen durch effektive und effiziente Lösungen für den Umweltschutz gestärkt werden. Die Teilnahme an dieser Allianz ist offen für Einzelunternehmen, Verbände und sonstige Einrichtungen der Wirtschaft.“

In diesem Sinn nimmt die Fraktion die Staatsregierung beim Wort. Das Umweltministerium hat durch seine nachgelagerten Unternehmen die Möglichkeit, transparente Messgeräte aufzustellen und auf seine Kosten solche Messungen durchführen zu lassen. Somit steht die Frage nach den Kosten überhaupt nicht. In den Jahren 2008/2009 ist genau diese Variante durchgeführt worden. Das Messprotokoll der Messungen kann man auf der Internetseite nachlesen. Wenn man weiß, dass an einer Schule eine Messstelle aufgestellt wurde, die den Transport von Schrott messen soll, der auf einer ganz anderen Route erfolgte, stellen sich logischerweise Fragen.

Nach der Kapazitätserweiterung bei Feralpi kommt es ohnehin zu Messungen, die seitens des Landes angeordnet sind. Spätestens zu diesem Zeitpunkt könnten diese Messungen, die wir jetzt wollen, eingestellt werden. Es wird über einen überschaubaren Zeitraum geredet.

Die Stadträte erhielten eine Übersicht über die derzeitige Messung in Sachsen. Auffallend ist die Tatsache, dass es im gesamten Kreis Meißen nur eine Messstelle gibt. Diese liegt nicht im Bereich von produzierendem Gewerbe in Radebeul. Hier steht die Frage, inwieweit das Umweltministerium das umsetzt, was es auf seiner Internetseite vorgibt. Diese Tatsache, dass in keiner Nähe eines Gewerbebetriebes im Kreis Meißen eine Messstelle zu finden ist, ist ein Argument mehr, in Riesa eine Messstelle zu errichten.

Die Fraktion geht davon aus, dass die Ziele der Umweltbilanz Sachsen nicht Schall und Rauch sind. In unserem Bereich gibt es widersprüchliche Aussagen zur Belastung der Menschen und der Natur. Eine geschützte Natur muss Grund genug sein, sich dafür einzusetzen. Aus diesem Grund spricht alles dafür, dem Antrag die Zustimmung zu geben.

Vorsitzender Müller fragt nach der Gegenfinanzierung.

Stadträtin Knebel erwidert, dass es eine Gegenfinanzierung nicht geben muss. Eine Messstelle kann durch das Land beauftragt werden.

Vorsitzender Müller erwidert, dass eine Messstelle in jedem Fall Geld kostet, es handelt sich auch um Steuergelder. Wir sind uns alle einig, dass die Grenzwerte eingehalten werden müssen. Es darf niemand an der Gesundheit geschädigt werden. Es gab an die betroffenen Anwohner der Paul-Greifzu-Straße mehrere Angebote, zu einer Befriedung der Situation beizutragen, indem man einen Messpunkt einrichtet. Der BUND Sachsen hatte Unterstützung angekündigt. Er hat sich dann zurückgezogen, als es um eine etwaige Beteiligung ging.

Es war das Angebot seitens Feralpi da, auch seitens der Landesdirektion in diesem anhängigen Klageverfahren, einen weiteren Messpunkt zu errichten, um den Rechtsstreit zu beenden. Dies ist an den Betroffenen gescheitert, weil man sich nicht zum Standort einigen konnte. Deshalb kann man auch Feralpi verstehen, dass man sagt, irgendwann ist es dann auch gut, da die Messwerte im Rahmen des BImSchG-Verfahrens intensiv geprüft und die Einhaltung bestätigt wird. Er bittet darum, das Vertrauen gegenüber der Firma aufzubringen. Er wird nicht jede Woche im Ministerium darum bitten, dass eine weitere Messung erfolgt.

Stadtrat Jähnel bemerkt, dass er dem Antrag der Fraktion DIE LINKE nicht zustimmen wird. Es ist nicht so, dass die Sorgen der Gröbaer Bürger nicht ernst genommen werden, sondern weil der Oberbürgermeister bereits bei der Staatsregierung vorgesprochen hat. Ihm wurde mitgeteilt, dass es genügend Messpunkte gibt. Dies zeigt, dass keine zusätzlichen Gelder für einen Messpunkt bereitgestellt werden. In seiner Zeit als Schullehrer im Werner-Heisenberg-Gymnasium am Friedrich-Ebert-Platz hat er den dortigen Messpunkt begleitet. Er hatte Kontakt mit dem Landesamt. Alle Zahlen wurden veröffentlicht. Wer wollte, konnte sich sachkundig machen. Das Anzweifeln dieses Punktes wurde ganz deutlich vom Landesamt widerlegt. Der Transport von schädigendem Material war genau auf diesen Messpunkt abgestimmt. Wenn jetzt ein neuer Messpunkt errichtet werden soll, dann wird dieser wieder angezweifelt. Er wendet sich nicht dagegen, dass gemessen und scharf kontrolliert wird, aber er erachtet den Antrag als populistisch.

Stadträtin Dr. Geiger bezieht sich auf die E-Mail, welche die Stadträte bezüglich der Messpunkte und Windrichtungen erhalten haben. Darauf sind 7 Messpunkte von Feralpi und weitere 4 von der Umweltbehörde angegeben. Es scheint alles seine Ordnung zu haben. Sie fragt, ob sich die Stadt Riesa und der Oberbürgermeister nun zum Narren machen sollen, indem alles angezweifelt wird? Soll jetzt ein anderer Messpunkt eine genaue Messung anzeigen?

Stadträtin Knebel erwidert, dass die Fragen der Runde Tisch am besten beantworten könnte. Das Ergebnis war genau dieser Messpunkt an einer bestimmten Stelle außerhalb des Werkes. Man hat diesen Messpunkt als einen möglichen Lösungsansatz gesehen. Warum gehen wir das nicht gemeinsam an?

Vorsitzender Müller informiert, dass die Aussagen nicht korrekt sind. Er hat auch an diesem erwähnten Gespräch teilgenommen. Man ist so auseinandergegangen, dass ein Messpunkt bei der betroffenen Familie errichtet werden sollte, weil es zur Beurteilung einer etwaigen Klärung entscheidend ist, was bei den Bewohnern ankommt und nicht, was bei Feralpi austritt. Der BUND Sachsen sollte sich an den Kosten beteiligen. Im Nachgang zu diesem Gespräch war ein kurzfristiger Termin geplant. Man sollte sich über die noch erforderlichen Daten einigen und es sollte Einsicht in die Messwerte erfolgen. Das war dann wieder nicht mehr gewollt. Messungen sollten an einem Schornstein erfolgen und nicht dort, was besprochen wurde.

Stadträtin Knebel informiert, dass Feralpi damals an diesem Messpunkt eine Bedingung geknüpft hat.

Vorsitzender Müller antwortet, dass dies richtig ist. Diese Bedingung war eine Befriedung bzw. Verfahrensbeendigung.

Stadtrat Näther bemerkt, dass er von Anfang an die Gespräche des Runden Tisches begleitet hat. Er bestätigt die Ausführungen von Vorsitzenden Müller. Die Besprechungen haben dann nicht mehr stattgefunden. Es ist bekannt, dass sehr viele Verfahren laufen zwischen der betroffenen Familie und dem Werk. Es wurden bestimmte Bedingungen gestellt, damit eine Befriedung stattfindet. Dies ist aber nicht eingetreten. Er persönlich ist der Auffassung, dass ein zusätzlicher Messpunkt nicht zur Befriedung beitragen wird. Es gibt Messstellen und auch Ergebnisse. Es wird immer verschiedene Sichtweisen geben. Die Fraktion der SPD stimmt dem Antrag der Fraktion DIE LINKE nicht zu. Wichtig ist, dass sich der Stadtrat mit diesen Problemen beschäftigt. Aus diesem Grund spricht er seinen Dank aus, dass der Tagesordnungspunkt heute beraten wird. Es ist das größte Werk in der Stadt und damit ist es auch der größte Gewerbesteuerzahler. Weil sich das Werk mitten in der Stadt befindet, gibt es auch eine gewisse Belastung, die gemeinsam mit dem Werk minimiert werden muss. Der Stadtrat sollte diese Betriebserweiterung gut begleiten und immer wieder mit der Betriebsleitung kommunizieren. Er schlägt vor, jedes Jahr entsprechende Gespräche im Stadtrat zu führen, um eine gewisse Transparenz herzustellen. Sollte sich der eine oder der andere Wert über den Grenzwert bewegen, muss sachbezogen eine Lösung gefunden werden.

Vorsitzender Müller sieht die Angelegenheit auch so. Der Runde Tisch beschäftigt sich intensiv mit den Sorgen und Ängsten der Bewohner. Die Industrie hat nun einmal Reibungspunkte, was ganz normal ist. Feralpi hat auf eine ganz besondere positive Art und Weise stets Transparenz hergestellt. Es gibt ein „Sorgentelefon“. Jeder, der Interesse hat, kann bei Feralpi Einsicht nehmen. Es sollte auch klargestellt werden, wieviel Geld Feralpi in diese Entstaubungsanlagen investiert hat und wie sehr Feralpi bemüht ist, für die Riesaer Bürger nachhaltig und umweltfreundlich die Produktion zu erweitern.

Stadtrat Thomas möchte Vorsitzenden Müller in dem Punkt widersprechen, als gesagt wurde, es kommt nicht darauf an, was oben herauskommt, sondern was unten ankommt. Er betont, dass alles das, was oben herauskommt, auch bei den Menschen ankommt. Vielleicht auch in anderen Konzentrationen an der einen oder an der anderen Stelle. Aber das Ziel muss sein, so eine umwelt- und menschenfreundliche Produktion zu schaffen, dass man jegliches Gesundheitsrisiko für die Bürger der Stadt ausschließen kann. Dafür sind der Oberbürgermeister und auch die Stadträte verantwortlich, welche sich verpflichtet haben, alle Gesetze einzuhalten. Dazu gehört auch, andere Wissenschaftler zu Rate zu ziehen, die zu einer anderen Bewertung der gemessenen Ergebnisse, auch am Dach, kommen könnten. Er betont, dass die ausgeschiedenen Stoffe „kein Spaß“ sind, sondern hoch gesundheitsschädlich. Aus diesem Grund muss es gelingen, immer mit dem Werk im Gespräch zu bleiben, dass so gut wie nichts mehr austreten kann. Der Stoffkreislauf im Werk muss geschlossen sein in Bezug auf Stäube, Dämpfe und eventuell auf den Lärm.

Vorsitzender Müller bemerkt, dass dies genau richtig ist und fragt Stadtrat Thomas, wie oft er sich mit diesen Ängsten und Sorgen direkt an Feralpi gewandt, Einsicht in die Messwerte genommen oder mit den Umweltingenieuren gesprochen hat.

Stadtrat Thomas erwidert, dass er dies bei 2 Veranstaltungen versucht hat, bei denen er als Stadtrat zugegen war. Weiterhin hat er mit Gröbaer Bürgern gesprochen, welche auch zu einem sehr differenzierten Bild kommen, was an Belastung durch das Werk über das Jahr verteilt, zustande kommt. Er betont, dass er vielleicht nicht so intensiv wie der Oberbürgermeister, ständig den Kontakt gesucht hat, aber das Problem ist ihm schon bewusst.

Vorsitzender Müller bietet auch im Namen von Feralpi an, dass jederzeit die Möglichkeit besteht, in den Betrieb hineinzugehen und die Protokolle einzusehen. Dabei erwähnt er, dass Herr Dr. Schreiber anwesend ist. Im Rahmen des Runden Tisches wurde es auch immer so gehalten. Hier möchte er auch auf den ehemaligen Stadtrat Koß hinweisen. Er war ein großer Kritiker von Feralpi und konnte sich davon überzeugen, dass alles in dem Rahmen ist, wie es genehmigt ist. Bezüglich der Ausführungen, was oben herauskommt, bezieht er sich auf ein Gespräch mit der betroffenen Familie. „Der Ansatz war: Wenn es dir um deine Gesundheit geht, du etwas anpflanzen willst, dann muss doch entscheidend für dich sein, wie die Werte bei dir sind.“ Dies wurde zunächst bejaht, offenbar hat sich die Interessenlage dann wieder geändert.

Stadträtin Knebel informiert von einer Verabredung zwischen Wackerchemie und dem Amtsblatt von Nünchritz, wonach halbjährlich Umweltzahlen veröffentlicht werden. Sie regt an, für Riesa auch die entsprechenden Umweltwerte zu veröffentlichen.

Vorsitzender Müller informiert, dass man zurzeit dabei ist, die Messwerte von Feralpi auf der Homepage zu verlinken. Somit kann dort auch Einsicht genommen werden.

Stadtrat Schwager spricht seinen Dank aus, dass sich der Oberbürgermeister für die Angelegenheit eingebracht hat. Die Dinge, welche im Antrag gefordert wurden, sind bereits durch ihn beim Ministerium abgefragt worden. Unabhängig davon kann man durchaus ab und zu im Ministerium nachfragen, ob man diesem Interesse doch nachkommen könnte. Es darf nicht vergessen werden, dass Feralpi ein sehr großes Unternehmen ist und der Stahlstandort in Riesa seit vielen Jahrzehnten Tradition hat. So wie man auf dem gesamten Planeten mit der Umwelt umgeht, ist es einfach berechtigt, eine solche Frage zu stellen und diese Dinge immer wieder zu hinterfragen, ob die produzierende Industrie über alle Köpfe, über alle Umweltsachen und über alle Belange, die auch die menschliche Existenz und auch das Leben bedingen, irgendwie einfach darüber hinweg entscheiden kann. Jeder muss sich immer wieder die Frage stellen, ob es schon das Beste ist, was man mit diesen Maßnahmen ergriffen hat. Oder gibt es vielleicht nicht doch berechnete Einwände, die bearbeitet werden können? Die Betriebe erwirtschaften Gewinne und diese Betriebe sollten auch dazu in der Lage sein, Investitionen in Umweltbelangen zu tätigen.

Die Fraktion Freie Wähler /Bürgerbewegung Riesa und er gehen auch davon aus, dass die Fraktion DIE LINKE nicht gegen den Investor und den Produktionsstandort ist. Er merkt, dass es zu „Anfeindungen zwischen den Linien kommt.“ Es geht aber darum, die menschlichen Aspekte, und sei es nur von einem einzelnen Bürger, in diesem Gremium zu berücksichtigen. Der Stadtrat ist das größte Gremium dieser Stadt und es geht um die größte Produktionsstätte der Stadt. Die Sorgen der Bürger sollten besprochen werden. Genau weil das oft genug in der Vergangenheit nicht passiert ist, stehen wir vor vielen Umwelt- und Ressourcenproblemen, die es nicht bloß in Riesa, nicht nur in Sachsen und Deutschland, sondern auf der ganzen Welt zu beklagen gibt.

Vorsitzender Müller gibt auch in Anbetracht der Tatsache, dass der Antrag überholt ist, die Empfehlung, den Antrag abzulehnen.

B e s c h l u s s - S 189/2015

Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister, sich für einen Messpunkt zur permanenten Erfassung der Immissionswerte im Bereich Göba (Feralpi) gegenüber der Staatsregierung einzusetzen.

Der Oberbürgermeister wird halbjährlich über den Sachstand und mögliche Messdaten den Stadtrat in öffentlicher Sitzung unterrichten.

Begründung

Im Zuge der Kapazitätserweiterung bei Feralpi und im Vorfeld gab es mehrfache Auseinandersetzungen zu den tatsächlichen Belastungen durch Staub und Lärm in diesem Bereich. Diese Auseinandersetzungen sind für alle Seiten eine starke Belastung und sollen beendet werden.

Wir wollen eine Lösung, die der besonderen Lage des Werkes in einem gewachsenen Stadtteil unter den modernen Bedingungen des 21. Jahrhunderts Rechnung trägt. Wenn Messungen vorliegen, die volle Transparenz zur tatsächlichen Abgas-, Feinstaub- und Lärmbelastung herstellen, ist möglichen Verdächtigungen die Basis genommen. Aus unserer Sicht verfolgen Feralpi und die anderen produzierenden Bereiche das gleiche Ziel, nämlich eine Gesundheitsgefährdung der Mitarbeiter und der Anwohner auszuschließen.

Um zukünftig stets den Nachweis führen zu können, dass eine Gesundheitsgefährdung durch die

Produktion und anderer Wirtschaftsunternehmen im Bereich Gröba nicht vorliegt, erscheint die Einrichtung einer Messstelle für die permanente Erfassung der Daten an einem kritischen Ort zuträglich zu sein und in aller Interesse zu liegen.

Der Oberbürgermeister solle eben aus diesen Beweggründen die Vollmacht des Stadtrates erhalten, sich für einen solchen Messpunkt im Namen der Bevölkerung der Stadt Riesa einzusetzen.

(4 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen, 7 Stimmenthaltungen)

Mit diesem Abstimmungsergebnis ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE abgelehnt.

8. Einwendungen gegen den Entwurf der Haushaltssatzung 2015 - Beratung und Beschlussfassung

Es erfolgten keine Einwendungen zum Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes 2015.

9. Haushaltsplan und Haushaltssatzung 2015 - Beratung und Beschlussfassung

18.00 Uhr - Stadtrat Näther und Stadträtin Dr. Stenzel verlassen den Sitzungsraum. – Stimmberechtigte: 29

Kämmerer Geschke führt anhand einer Power-Point-Präsentation Nachfolgendes aus: (Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.)

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Müller, sehr geehrte Damen und Herren Stadträte, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, verehrte Gäste. Gestatten Sie mir auf die wesentlichen Eckdaten zum Haushaltsjahr 2015 nochmals einzugehen.

Aufgrund positiver Entwicklungen beim Gewerbesteueraufkommen in den ersten Tagen des laufenden Jahres, war es möglich einen ausgeglichenen Haushalt **ohne weitere Einschnitte aufzustellen**. Weitere Einsparungen, Kürzungen, Streichungen, Gebühren- und Steuererhöhungen waren Gott sei Dank nicht notwendig. Das ist gut so, hatten wir doch kurz zuvor noch über notwendige Kürzungen insbesondere bei den Unterhaltungsmaßnahmen sprechen müssen.

18:02 Uhr – Stadtrat Näther und Stadträtin Dr. Stenzel wieder anwesend. – Stimmberechtigte 31

Folie 2 – Liquiditätsreserve 2014: 3,1 Mio. Euro

Die finanzielle Lage der Stadt Riesa hat sich im letzten Jahr deutlich verbessert. Die lange geforderte Liquiditätsreserve ist in der Zwischenzeit vorhanden um die zum Teil erheblichen Schwankungen der Einnahmen aber auch der Ausgaben nachhaltig auszugleichen. Wie sie wissen schwankte allein die Gewerbesteuer in den letzten 10 Jahren um 2,9 Mio. Euro. Dazu kommen immer wieder außer- und überplanmäßige Ausgaben die häufig nicht ausreichend vorhersehbar sind.

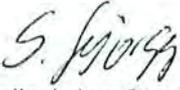
Mit einer stabilen Liquiditätsreserve ist vorgesorgt. Das Risiko kurzfristig und häufig verbunden mit empfindlichen Mehrkosten schnell handeln zu müssen ist begrenzt. Damit ist nicht nur eine gewisse Entspannung eingetreten sondern auch eine wichtige Mindestanforderung für seriöse Stadtfinanzen erfüllt. Haushaltswirtschaftliche Notmaßnahmen und/oder Kreditaufnahmen für die laufende Verwaltung bleiben uns höchstwahrscheinlich erspart und das ist gut so.

18:05 Uhr – Stadtrat Haubold verlässt den Sitzungsraum. – Stimmberechtigte: 30

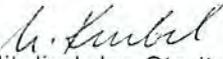
B e u r k u n d u n g



Marco Müller
Oberbürgermeister



S. Jörg
Mitglied des Stadtrates



M. Kumbel
Mitglied des Stadtrates



Petra Bittrich
Protokollantin

Anlage
Präsentation zum Haushalt